

Nirgends lauter als am Mittelrhein

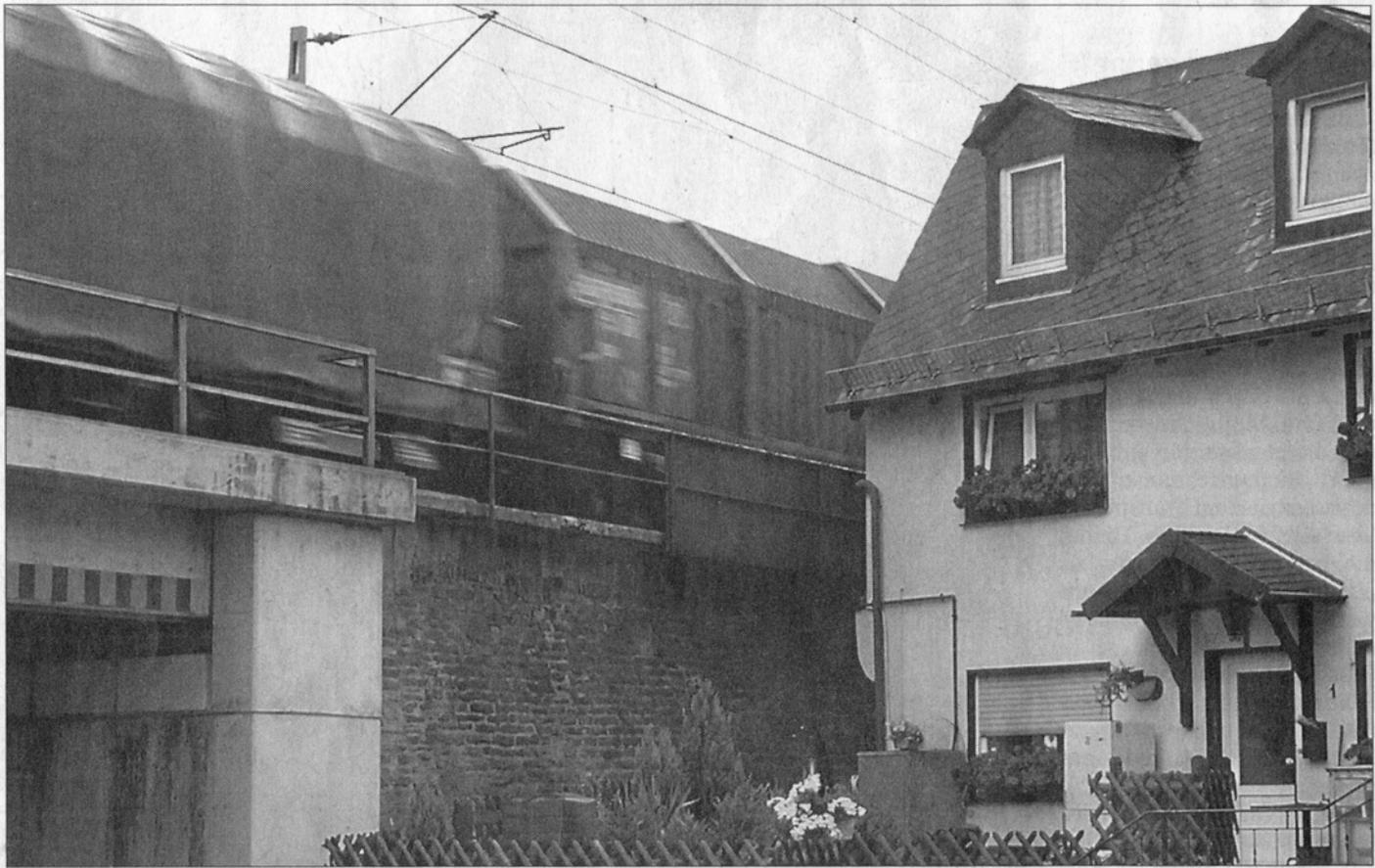
„Pro Rheintal“ fordert von Bahn und Politik Konsequenzen aus Lärmuntersuchungen: Bund soll Verursacherprinzip umsetzen

Das Bundesumweltamt (BUA) hat Lärmkarten im Internet veröffentlicht, die belegen, dass es nirgendwo in Deutschland so laut ist wie am Rhein. Das nimmt „Pro Rheintal“ zum Anlass, erneut an Deutsche Bahn und die Politiker in Bund und Land zu appellieren, endlich beim Thema „Bahnlärm“ Nägel mit Köpfen zu machen.

MITTELREIN. In den jetzt erschienenen Lärmkarten des Bundesumweltamtes schneidet der Mittelrhein besonders schlecht ab. Die ablesbaren Lärmkarten für jeden Ort und jeden Straßenzug machen deutlich: Am Rhein ist es besonders schlimm. „Pro-Rheintal“-Sprecher Frank Groß: „Es muss schnell etwas geschehen, denn der Verkehr soll sich ja laut Bahn bis 2015 noch einmal verdoppeln.“

Wenn die Bahn mit 5000 alten Zügen bei Tag und Nacht, an Sonn- und Feiertagen mitten durch Städte wie Bonn und Koblenz, Boppard und Oberwesel fahren wolle, dann sei das weder mit dem Grundgesetz noch mit geltendem Verkehrsrecht zu vereinbaren, sagt Groß. Hierbei müssten die Politik und die Bahn ganz klar erkennen, dass dies so wie geplant nicht umzusetzen ist und dass auch ein Börsengang unter diesen Voraussetzungen riskant gegenüber den Investoren sei, weil der Bund dann in späteren Jahren durch Schadenersatzforderungen belastet werden könnte. Wie schnell Politiker heutzutage „mal eben ein paar Milliarden versenken können“, zeigten Beispiele wie Toll Collect und Transrapid.

Bundesverkehrsminister Tiefensee und Bahn-Chef Mehdorn haben sich nach Auffassung von „Pro Rheintal“ scheinbar auf die Seite der Lärmgegner geschlagen, um die Privatisierung mit dem Argument durchzusetzen, man brauche dieses Geld



Die jetzt veröffentlichten Lärmuntersuchungen zeigen, dass es nirgends in Deutschland lauter ist, als am Rhein (hier St. Goarshausen). Die Initiative „Pro Rheintal“ fordert Bahn und Politik nachhaltig auf, daraus Konsequenzen zu ergreifen. ■ Foto: Archiv

dringend für Lärmschutz. Im nächsten Atemzug verweise man aber auf die Versäumnisse zurückliegender Jahrzehnte, die man nicht so kurzfristig aufholen könne.

Tatsache sei, dass die Bahn allein im vergangenen Jahrzehnt erneut 25 Milliarden Schulden angehäuft habe, ohne erkennbare Fortschritte im Güterverkehr oder Lärmschutz zu erzielen. Die Marktanteile hätten jedenfalls gegenüber der Straße nicht gesteigert werden können und die wenigen Millionen für Lärmsanierung habe der Bund größtenteils beigesteuert. „Es wäre also klug, wenn der Gesetzgeber angesichts heutiger ‚Nach-mir-die-Sintflut-Mentalität‘ und der damit verbundenen Risiken aus Altlasten auf die Privatisierung verzichtet und sich tatsächlich

um ein funktionierendes Verkehrssystem bemüht“, fordert in Initiative.

Der Bund sollte das Verursacherprinzip bei der Lärmbekämpfung konsequent umsetzen, sagt der „Pro Rheintal“-Sprecher. Das heißt, auch die Bahn müsse sich wie jeder andere Fuhrparkunternehmer an die heutigen Umwelt-, Verkehrs- und Sicherheitsregeln halten. Dann könne sie ihren Güterverkehr nur dann weiter ausbauen, wenn sie dazu auch über die nach heutigen Standards tauglichen Streckenführungen und Fahrzeuge verfügt.

Der Gesetzgeber müsse seine wichtigste Ressource, den Menschen, schützen und sollte Zug um Zug den Güterverkehr aus den Städten herausholen. Die Landespoliti-

ker, so Groß, seien deshalb gefordert, sich schützend vor ihre Bürger zu stellen und von Bund und Bahn sofortige Reaktionen in Form von Grenzwerteinhaltung und Nachtfahrverboten einzufordern.

Die Bahn dürfe den Lärm im Welterbetal nur noch zurückfahren und nicht mehr weiter steigern – „das ist man den Menschen und auch der Unesco schuldig“, so Groß. Man könne ja durch Teilung oder Drittelung von Güterzügen mit den dann geringeren Zuglasten nachts auch über die ICE-Trasse Köln-Frankfurt fahren. Oder man könne entsprechend lärmarme Güterzüge zusammenstellen und nachts bei den Ortsdurchfahrten etwas langsamer fahren. „Doch wie die Bahn es letztendlich anstellt, ist nicht der Punkt, sondern Hauptthema

ist, dass es diesen Lärm hier am Rhein keinen Tag länger geben dürfte.“

Die Bürger und Unternehmen in der Region rief Groß noch einmal auf, sich jetzt durch Mitwirkung, Beiträge und Spenden am „Pro Rheintal“-Netzwerk, das allen offenstehe, zu beteiligen. Nur gemeinsam könne man der Sache noch mehr Qualität und Gewicht verleihen, genügend Druck aufbauen und Experten einschalten, „die Bahn und Bund fundiert nachweisen, dass es zu viel ist und die Bürger jetzt ihre Rechte einfordern.“

■ Weitere Infos gibt es bei „Pro Rheintal“ Bürgernetzwerk, Frank Groß, Tel. 0261/460 280, Fax 0261/460 288, E-Mail: info@pro-rheintal.de. Internet: www.pro-rheintal.de